

Dominik Geppert / Jens Hacke (Hg.)

Streit um den Staat

Intellectuelle Debatten in der
Bundesrepublik 1960–1980

≡book

Vandenhoeck & Ruprecht



Streit um den Staat

Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik
1960–1980

Herausgegeben von
Dominik Geppert und Jens Hacke

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-36758-2

Umschlagabbildung:

Demonstration von Studenten vor dem Reichstag gegen den »Lücke-Entwurf« der Großen Koalition zur Erweiterung des Grundgesetzes (Notstandsgesetzgebung). – Foto, 7. März 1967.

© akg-images / Gert Schütz

© 2008 Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen
www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Druck und Bindung: ☉ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Dominik Geppert und Jens Hacke
Einleitung 9

1. Abschied vom Adenauer-Staat

Hans Jörg Hennecke
Streiten für diesen Staat
Wilhelm Röpke und die Bundesrepublik 23

Dominik Geppert
Von der Staatsskepsis zum parteipolitischen Engagement
Hans Werner Richter, die Gruppe 47 und die deutsche
Politik 46

Joachim Scholtysek
Mauerbau und Deutsche Frage
Westdeutsche Intellektuelle und der Kalte Krieg 69

2. Angst vor dem autoritären Staat

Frank Bösch
Später Protest
Die Intellektuellen und die Pressefreiheit in der frühen
Bundesrepublik 91

Helmut König
Kein Neubeginn
Hannah Arendt, die NS-Vergangenheit und die
Bundesrepublik 113

Wolfgang Kraushaar

Die Furcht vor einem »neuen 33«

Protest gegen die Notstandsgesetzgebung 135

3. Demokratisierung der Universität?

Riccardo Bavaj

Verunsicherte Demokratisierer

»Liberal-kritische« Hochschullehrer und die

Studentenrevolte von 1967/68 151

Daniela Münkel

Der »Bund Freiheit der Wissenschaft«

Die Auseinandersetzungen um die Demokratisierung

der Hochschule 169

4. Belastungsproben des Staates

Jens Hacke

Der Staat in Gefahr

Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen

Legitimationskrise und Unregierbarkeit 188

Rüdiger Graf

Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates

Konservative und die ökologischen Bedrohungsszenarien

der frühen 1970er Jahre 207

5. Bedrohte Sicherheitspolitik

Holger Nehring

Die nachgeholte Stunde Null

Intellektuelle Debatten um die Atombewaffnung

der Bundeswehr 1958–1960 229

Jörg Requate

Gefährliche Intellektuelle?

Staat und Gewalt in der Debatte über die RAF 251

Klaus Naumann

Nachrüstung und Selbstanerkennung

Staatsfragen im politisch-intellektuellen Milieu der

»Blätter für deutsche und internationale Politik« 269

Die Autoren 291

Dominik Geppert und Jens Hacke

Einleitung

Untersucht man die politische Kultur der Bundesrepublik in den beiden Dekaden zwischen den Langzeitkanzlern Adenauer und Kohl, so hat man es mit einem Paradox zu tun: Selten war ein objektiv stabiles und erfolgreiches Staatswesen so sehr intellektueller Kritik ausgesetzt wie in jener formativen Phase der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren. Spiegelaffäre, Notstandsgesetze und Terrorismusdiskussion offenbarten eine tief gehende Furcht vor einer autoritären Verselbständigung des Staates. Die sich intensivierende Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit stellte die Bonner Republik in den Schlagschatten von Auschwitz. Die Debatten um Bildung und Hochschulreform, um die Grenzen des Wachstums und die Zukunft der Industriegesellschaft pointierten überscharf tatsächliche oder vermeintliche Schwächen des westdeutschen Staates. Auch in den außenpolitischen Debatten – von den Anti-Atomdiskussionen der 1950er Jahre über den Mauerbau bis zur Nachrüstungsdebatte – ging es in der Regel um Fragen, die fundamentale Mängel der Bundesrepublik zu offenbaren schienen: Defizite an Sicherheit und Souveränität, an nationaler Einheit und außenpolitischer Autonomie. Die Meinungsführer setzten dabei größtenteils gegen »das System« auf die liberalen Entfaltungskräfte der Gesellschaft.

Dies alles, so die Ausgangshypothese unseres Bandes, kann man als Krise des Staatsgedankens begreifen. Sie trat nicht erst um 1960 auf, sondern war schon seit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft und dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu spüren. Dass es dem ohnmächtigen »Trizonesien« in den Gründerjahren an einem positiven Selbstverständnis mangelte, beklagten vor allem Intellektuelle. Der Bundesrepublik fehle es an »Seele«, an »Bewusstsein und geistiger Vorstellung« ihrer selbst (Friedrich Sieburg); sie sei ein Staat ohne Idee, ohne »geistigen Schatten« (Rüdiger Altmann), so lautete damals das Verdikt vieler Kommentatoren. Es brauchte einige Zeit, bis sich in der Bonner Republik

eine liberale Debattenkultur entwickelte, die zu einer eigenen politischen Lager-, aber auch Bewusstseinsbildung führte. Aus ideengeschichtlicher Perspektive ist deswegen argumentiert worden, dass die eigentliche intellektuelle Gründung der Republik erst nachträglich stattgefunden habe.¹ Die Erforschung dieses Prozesses hat in den letzten Jahren begonnen, zumeist in der Darstellung repräsentativer Denkschulen oder unter der Perspektive einer wie auch immer gearteten Verwestlichung der Bundesrepublik.² Es steht allerdings noch aus, die intellektuellen Auseinandersetzungen der Bundesrepublik in ihrer Breiten- und Öffentlichkeitswirksamkeit genauer zu untersuchen und dabei die Diskurse der Meinungseliten über den Staat, in dem sie wirkten, über dessen Physiognomie und geistiges Profil sie stritten, systematisch miteinander zu verknüpfen.³

Unser Band nähert sich diesen Selbstverständigungsdebatten von ihren Initiatoren und Trägern her: den Intellektuellen. Welches Verhältnis entwickelten sie zum Staat? Wie nahmen sie die Bonner Republik wahr, und mit welchen Überzeugungen engagierten sie sich meinungsbildend in ihrem Gemeinwesen? Die zentrale Frage nach dem Staatsverständnis bundesdeutscher Intellektueller wird dabei aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet: erstens aus der Perspektive der Debattenkultur, dem Streitverständnis und der Einstellung zu Formen und Zwecken intellektueller politischer Auseinandersetzung; zweitens aus dem Blickwinkel generationeller oder auch professioneller Frontverläufe innerhalb der verschiedenen Debatten; und drittens schließlich unter dem Aspekt ideengeschichtlicher Traditionen und Fluchtlinien im Staatsverständnis deutscher Intellektueller.

Unter Intellektuellen werden dabei im Anschluss an Joseph A. Schumpeter politisch engagierte und rhetorisch versierte Bürger verstanden, die mit ihrer Kritik öffentlich Dinge zur Sprache bringen, obwohl – oder gerade weil – diese Dinge außerhalb ihrer eigenen Kompetenzen und Verantwortlichkeiten liegen.⁴ Es scheint so, dass in Deutschland der Typus eines derartigen kritischen Intellektuellen erst in den 1960er Jahren zu einem verbreiteten Rollenmodell wurde. Jedenfalls legen das die zeitgenössischen Intellektuellensoziologien von Rainer Lepsius und Ralf Dahrendorf nahe, die bezeichnenderweise beide dafür warben, »inkompetente Kri-

tik« in ihr Recht zu setzen.⁵ Aus ihrer Warte mangelte es in der jungen Bundesrepublik an einer politischen Kultur der intellektuellen Auseinandersetzung und an Konfliktbereitschaft. Der Geist der Affirmation und Staatshörigkeit sei weitaus stärker ausgeprägt als der Mut zur Intervention und die Pflege öffentlicher Tugenden. Das Verhältnis der deutschen Intellektuellen zum Staat war also – wie es die traditionelle Sonderwegserzählung will – immer noch ein allzu unkritisches, und es fehlte an der richtigen Gewichtung von Distanz und Zugehörigkeit. Genau genommen, so hat es jüngsthin noch einmal Wolf Lepenies zusammengefasst, ließen die deutschen Geistesschaffenden ihr intellektuelles Potenzial ungenutzt. Indem sie die Trennung von Geist und Macht favorisierten, blieben sie letztlich einer apolitischen Haltung verhaftet.⁶ In einem solchen kulturellen Klima konnte es genau genommen gar keinen »Streit um den Staat« geben, sondern nurmehr dessen Verteidigung oder Ablehnung. Um allerdings dem von Michael Walzer skizzierten Ideal eines »engagierten Intellektuellen« nahe zu kommen, bedarf es einer intellektuellen Klasse, die grundsätzlich mit den Normen des Gemeinwesens übereinstimmt und sich mit ihrem Staat in gewisser Weise identifiziert, aber bereit ist, für die politische Verwirklichung und die Verteidigung von Werten zu streiten. Kritik setzt also nach Walzer Gemeinsinn und damit auch – zumindest moralische – Verantwortlichkeit voraus.⁷ Dieser Common sense verlangt freilich Einübung, und die Intellektuellen der Bundesrepublik mussten die Praxis der Gesellschaftskritik, der öffentlichen Debatte, der politischen Auseinandersetzung innerhalb einer liberalen Verfassungsordnung erst lernen, um eine belastbare Streitkultur auszubilden.

Der Prozess dieser Selbstverständigung kreiste stets um den Staat, dessen Beschreibung sich in der jungen Bundesrepublik als schwierig erwies, fehlten ihr doch alle Insignien vorher selbstverständlicher Staatlichkeit wie feststehende Grenzen oder staatliche Souveränität. Die bescheidene Staatsrepräsentation und verfassungsmäßige Existenz als Provisorium trugen ihrerseits dazu bei, dass dem Begriff des Staates jede Selbstverständlichkeit abhanden gekommen war. Darauf konnte man unterschiedlich reagieren und – um nur zwei Optionen zu nennen – einerseits die Bundesrepublik als Abschied vom Staat bzw. als neuen paradigmatischen Staat der

Industriegesellschaft akzeptieren oder andererseits den Gesellschaftsbegriff weiter aufwerten, um alle Restbestände repressiver Staatlichkeit abzuschütteln. In jedem Fall herrschte Unsicherheit – und damit Orientierungsbedarf – unter Intellektuellen, was der Staat noch sei bzw. was man sich unter ihm vorzustellen habe. Zwischen radikaler Infragestellung von politischem System und Staat bis hin zur vehementen Verteidigung der »freiheitlich demokratischen Grundordnung« reichten die Positionen im Streit um die Legitimität des bundesrepublikanischen Staates in den 1960/70er Jahren. Im Gegensatz zu der besser erforschten Frühphase gerät diese Hochzeit intellektuellen Engagements in der Bundesrepublik erst allmählich in den Blick der Forschung.⁸ Zudem hat sich die deutsche Intellektuellenforschung bisher stärker für das politische Engagement einzelner Intellektueller interessiert als für die von ihnen ausgefochtenen Debatten.⁹

Die Schwerpunktsetzung des Bandes auf intellektuelle Debatten verdeutlicht, dass nicht so sehr der abstrakte Staat der rechtswissenschaftlichen, politologischen oder philosophischen Theorie in den Blick genommen werden soll, sondern dessen konkrete Ausformung in der Bundesrepublik zwischen dem Ende der Ära Adenauer und dem Beginn der christlich-liberalen Koalition. Die Transformationsphase von den späten 1950er bis zu den ausgehenden 1970er Jahren ist als »Wendezeit« zwischen einer durch Nationalsozialismus, Krieg und Niederlage traumatisierten, desorientierten, weitgehend apolitischen Wiederaufbaugesellschaft und einer stärker pluralistischen, politisierten, freizeitorientierten Konsumgesellschaft in den zurückliegenden Jahren verstärkt ins Blickfeld der deutschen Zeitgeschichtsforschung geraten und meist mit positiv aufgeladenen Termini wie »Verwestlichung«, »Demokratisierung« oder »Liberalisierung« beschrieben worden.¹⁰

Unser Band versteht sich als Beitrag zur Geschichte der politischen Kultur der Bundesrepublik in dieser Umbruchzeit. Es geht darum, Verschiebungen in der Wirklichkeitswahrnehmung und Realitätsinterpretation sowie die Formulierung neuer Lebensentwürfe und gesellschaftlicher Leitbilder kleiner, aber wirkungsmächtiger Gruppen von Intellektuellen zu analysieren, die dem später einsetzenden Bewusstseinswandel breiterer Bevölkerungsgruppen Bahn zu brechen halfen. Die zwanzig Jahre zwischen 1960

und 1980 umfassen dabei den Übergang vom langen Aufschwung der Nachkriegsjahre zur Periode »nach dem Boom«, die erst allmählich ins Blickfeld einer gegenwartsnah arbeitenden Zeitgeschichte rückt und bisher kaum konzeptionell erfasst ist.¹¹ Die beiden Dekaden sind auch deswegen von Interesse, weil das bundesrepublikanische Staatswesen damals schon lange genug etabliert war, um in seinen institutionellen wie ideellen Besonderheiten greifbar zu sein, aber zugleich noch nicht zur unhinterfragten Selbstverständlichkeit geworden war. Die Zeit vor dem großen Zivilisationsbruch der Jahre 1933 bis 1945 gehörte noch zur stets präsenten Lebenserinnerung vieler politisch engagierter Zeitgenossen, entsprechend gegenwärtig war die erste deutsche Republik in den Diskussionen. Erst in den 1980er Jahren nahmen die Intellektuellen der Bundesrepublik Abschied von deren provisorischem Charakter.¹² Aus dem Blickwinkel der hier untersuchten Debatten betrachtet, erscheinen die 1960er und 1970er Jahre daher als Phase der Inkubation und Transformation, in der sich die westdeutschen Intellektuellen in einem Wechselspiel von radikaler Kritik und Affirmation zur inneren Akzeptanz ihres Gemeinwesens durchranken – oder anders ausgedrückt: Die Bundesrepublik fand auf dem Umweg über ihre intellektuelle Infragestellung zur Selbstanerkennung (ehe sie dann weitere zehn Jahre später die deutsche Einheit vor neue Identitätsfragen stellte).

Die Genese eines bestimmten Verständnisses vom Staat ist dabei nicht nur von historischem Interesse. Warum das Institutionengefüge des bundesrepublikanischen Provisoriums funktionsfähig wurde und wie es ganz offensichtlich eine tief verunsicherte, zumindest anfangs stark antidemokratisch oder aber unpolitisch gesinnte Gesellschaft zu integrieren vermochte – dies sind Fragen, die sich nicht allein aus einer ökonomischen Erfolgsgeschichte und einem klugen Verfassungswerk erklären lassen. Dazu gehörte auch die Hervorbringung einer gewissen staatlichen Eigenidentität, die Leitideen zu verkörpern in der Lage war. Auch wenn in aktuellen Feuilletondebatten oft der Abschied von der Bonner Republik erklärt worden ist, spricht vieles dafür, dass die vereinigte Bundesrepublik normativ auf die westdeutsche Geschichte nach 1945 angewiesen bleibt, denn sie ist in ihren Errungenschaften und Irrungen gleichermaßen Identitätsressource und einzig mögliche Ori-

entierungslinie. Zunehmend unklar erscheint jedoch, wie man sich das Verhältnis des gegenwärtigen Staates zu seiner jüngeren Vergangenheit vorzustellen hat und in welcher Form seine Geschichte erzählt werden sollte: als *success story* oder Verfallsgeschichte, als Drama mit glücklichem Ausgang oder als Chronik von Aufstieg und Niedergang? Lange Zeit stellte sich diese Frage kaum – so lange jedenfalls nicht, wie (west)deutsche Historiker an der Meistererzählung von der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte schrieben und den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Nachkriegsjahrzehnte das Deutungsmuster der »geglückten Demokratie« unterlegten.¹³

Genau genommen gab es zwei Versionen dieser *success story*. Die erste stammte von Vertretern der skeptischen Generation und handelte von der erfolgreichen Stabilisierung des westdeutschen Gemeinwesens nach 1945. Sie kreiste um das Wirtschaftswunder und das Wahlwunder der 1950er Jahre, um die Konsolidierung demokratischer Institutionen, die Gewinnung außenpolitischer Sicherheit durch europäische Integration und transatlantische Allianz. Noch 1990 hat Hans-Peter Schwarz in diesem Sinne erklärt, die Geschichte der Bundesrepublik sei erst die Geschichte ihrer Stabilisierung, dann ihrer Stabilität.¹⁴ Die Autoren dieser Stabilitätsgeschichte hatten eher einen liberalkonservativ-bürgerlichen Hintergrund. Ihr Schwerpunkt lag auf der erfolgreichen Modernisierung der 1950er Jahre, als Negativfolie dienten die Instabilität und Krisenanfälligkeit der Weimarer Republik und die auf Zerstörung und Selbsterstörung hin angelegte Dynamik der nationalsozialistischen Diktatur.

Die zweite Variante der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte setzte den Akzent auf die 1960er und frühen 1970er Jahre. Ihr Fluchtpunkt war nicht die Ära Adenauer, sondern die Ära Brandt. Sie handelte weniger von der Stabilisierung des Staates als von der Pluralisierung, Liberalisierung und Demokratisierung der Gesellschaft, von erweiterten Teilhabemöglichkeiten, vom Ausbau sozialer Sicherheit und dem Abbau hierarchischer Strukturen.¹⁵ Ihre Autoren entstammten oft der Protestgeneration und waren eher auf der politischen Linken angesiedelt. Negativfolien waren für sie der Illiberalismus und Autoritarismus, die Obrigkeitsstaat-

lichkeit und die offene oder latente Demokratiefeindlichkeit der deutschen Gesellschaft in den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts vom Wilhelminismus über die schwache erste Republik und den Nationalsozialismus bis hin zur restaurativen Adenauer-Ära.

Bei allen Unterschieden der Akzentuierung und Bewertung hat sich ein gewisser Konsens der beiden Strömungen herausgearbeitet. Er trat besonders ausgeprägt in den Bänden zutage, die um den 50. Geburtstag der alten Bundesrepublik erschienen, und kann mit der Formel von der »Ankunft im Westen« umschrieben werden.¹⁶ Gemeint war damit die Entwicklung Deutschlands zu einem pluralistisch-demokratischen, sozialen, weltoffenen, freiheitlichen National- und Rechtsstaat. Der »Westen« nahm in dieser Ankunfts-geschichte eine doppelte Funktion ein, die dem Geist der Freiheit in Hegels Philosophie der Weltgeschichte ähnelte: Zum einen war er das Ziel der Entwicklung, an dem die Deutschen nach ihrem Abschied vom angeblichen Sonderweg angekommen waren; zum anderen war er – in der Form der *Verwestlichung* – der Weg, die treibende Kraft des Fortschritts. Wie der Geist der Freiheit besaß der »Westen« dabei ein seltsam unhistorisches, überzeitliches Wesen, das den Gang der Dinge bestimmte, aber selbst außerhalb der Geschichte lag.

Dieser Konsens unter Historikern ist in der seither vergangenen Dekade zerbrochen, zum Teil weil die Konstruktion eines einheitlichen »Westens« nach dem Ende des Kalten Krieges verschwand und dadurch deutlich wurde, dass der idealtypische Westen der bundesrepublikanischen Historiographie mit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Realität etwa der USA, Großbritanniens oder Frankreichs keineswegs identisch war.¹⁷ Außerdem erreichten Zweifel am »Modell Deutschland« seit Ende der 1990er Jahre auch die Historiker, die jetzt nachdrücklich fragten, als wie stabil sich »die hochindividualisierte, aber sozialstaatlich rückversicherte ›neue‹ Bundesrepublik *ohne* wirtschaftliches Wachstum und bei möglicherweise sinkender Prosperität« erweisen werde.¹⁸

Derartige Zweifel haben sich noch nicht zu einer neuen vorherrschenden Deutung der bundesrepublikanischen Geschichte formiert. Sie haben aber einige Neuansätze hervorgebracht, die be-

zeichnenderweise allesamt explizit oder implizit von der These einer Krise des Staates ausgehen. Da gibt es zum einen den Vorschlag, die Bonner Republik zu historisieren und ihre Geschichte auch als »Defizitgeschichte« zu schreiben, indem das Altern von Institutionen, das Verschleiß von Arrangements und die Erosion von Fundamentalstrukturen zu Themen der Zeitgeschichtsforschung werden. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist der Befund einer »Strukturkrise« der Bundesrepublik vom Föderalismus über die sozialen Sicherungssysteme und das Verbändewesen bis zum Parteiensystem.¹⁹

Zweitens entdecken im Rahmen einer Kulturgeschichte des Politischen gerade diejenigen Historiker »Politik« – oder besser: »das Politische« – neu, die der klassischen Politikgeschichte ausgesprochen distanziert gegenüberstanden. Sie beziehen dabei das Politische nicht mehr vorrangig auf staatliches Handeln, sondern begreifen es als Form der Kommunikation, als Austragung gesellschaftlicher Deutungskämpfe über den Geltungsbereich der Politik. Teils ausgesprochen, teils unausgesprochen schwingt dabei die Idee eines »Rückzugs« des Staates als Folge von Neoliberalismus und Globalisierung mit: heute auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik, morgen vielleicht schon in der Verteidigungspolitik oder bei der inneren Sicherheit.²⁰

Drittens gibt es die Anregung, den Begriff der »Sicherheit« als Analysekategorie der bundesrepublikanischen Geschichte zu nutzen. Sicherheit wird dabei nicht nur als Ziel von Regierungshandeln verstanden, sondern auch als Erwartung der Gesellschaft an die Politik und als umfassender sozialkultureller Orientierungshorizont. Auch hier spielt die Krise des Staates als Ausgangspunkt der Überlegungen eine zentrale Rolle. »Sicherheit« wird in dem Maße für die historische Analyse interessant, wie sie erodiert, weil der National- und Territorialstaat gegen die neuen Risiken zunehmend machtlos ist: von der ganz normalen Anarchie der internationalen Beziehungen über den Terrorismus bis zum Klimawandel und der Atomtechnik.²¹

Viertens schließlich ist eine kritische Wendung gegen das Forschungsparadigma der »Liberalisierung« zu konstatieren. Individualisierung, Pluralisierung und Wertewandel werden nicht mehr bloß im Hinblick auf die Chancen zur Selbstverwirklichung

betrachtet, sondern als potenzielle Gefahren für den Bestand des Staates und den Zusammenhalt der Gesellschaft, indem eine »zum Hedonismus neigende postmoderne Selbstbezüglichkeit die Orientierung an einer Kategorie wie der des Gemeinwohls« durchlöchert.²²

So unterschiedlich diese Interpretationsansätze sind, haben sie doch Manches gemeinsam: Sie wenden sich von teleologischen Fortschrittserzählungen ab und erkennen Fehlbeträge und Ambivalenzen in der Geschichte der Bundesrepublik an. Sie konstatieren kein Ankommen im Westen, sondern beschreiben die Suche nach tragfähigen Arrangements in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft als Verfolgung eines beweglichen Ziels. Sie suchen nach neuen Erklärungsmustern für den Wandel von Staat und Gesellschaft angesichts einer als prekär empfundenen Gegenwart.

Damit bieten sie zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Beiträge dieses Bandes. Der Fokus auf publizistische Zeitdiagnostik von Intellektuellen trägt insofern zu einer »Defizitgeschichte« bei, als er das Augenmerk auf die – empfundenen oder tatsächlichen – Unzulänglichkeiten der real existierenden Bundesrepublik richtet und auf diese Weise die Prämissen der Erfolgsgeschichte hinterfragt. Mit kulturgeschichtlichen Ansätzen teilen viele Beiträge dieses Bandes nicht nur das Gespür für die kommunikative Dimension des Politischen und für das Aushandeln der Geltungsbereiche von Politik, sondern auch das Interesse für nicht-intendierte Nebenfolgen von Regierungshandeln sowie für das wechselseitige Durchdringungsverhältnis von Medien und Politik. Der Begriff der »Sicherheit« spielt dabei eine zentrale Rolle, weil Gefühle zunehmender Verunsicherung oftmals am Anfang der Debatten standen und apokalyptische Zukunftsszenarien ein wichtiges Charakteristikum ihres Verlaufs waren. Anders als beim Forschungsparadigma der Liberalisierung werden die fundamentalen gesellschaftlichen Wandlungsprozesse der Individualisierung und Pluralisierung in ihren subjektiven Dimensionen jenseits positiv wertender Begrifflichkeiten ausgeleuchtet.

Unabhängig von der Notwendigkeit, bundesrepublikanische Staatsbilder zu historisieren, kann der Band allerdings auch einen Beitrag zu neuerlichen Debatten um den Staat leisten. Nachdem vielfach der Abschied vom Staat und sein Aufgehen in supranatio-

nen Organisationsformen vorausgesagt worden ist bzw. seine Legitimationsgründe in Frage gestellt worden sind, zeigt sich mittlerweile, dass sich allenfalls eine Transformation, nicht aber das Ende des Staates abzeichnet. Mittlerweile wird auch in der Soziologie von einer neuen »Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft« gesprochen.²³ Sicherlich, man kann den Staat allgemein unter funktionalen Gesichtspunkten thematisieren, die Aufgaben der Staatsorgane analysieren und die Grenzen des Staates kontrovers diskutieren. Dies ist, wie die Beiträge dieses Bandes zeigen, ausgiebig geschehen, mit Problemstellungen, die auch in Zeiten, in denen Modelle von *global governance* und Weltgesellschaft en vogue sind, nicht obsolet werden. Denn die Verständigung über Grenzen und Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates bleibt trotz aller inter- und transnationalen Verflechtungen auf den Staat als Referenzsubjekt angewiesen. Der Staat ist für die Bürger nach wie vor der unmittelbare Bezugspunkt politischer Wahrnehmung.

Möglicherweise ist das neuerliche Comeback des Staates als Gegenstand politikwissenschaftlicher, soziologischer und historischer Beschäftigung darüber hinaus ein Kompensationsphänomen d. h., eine Reaktion auf das Erfahrbarkeits-, aber auch Demokratiedefizit, das supranationalen Organisationsformen anhaftet. Freilich besitzen die heutigen Auseinandersetzungen um den Staat – nach der »Erschöpfung utopischer Energien« (Habermas) – nicht mehr die Volte ins Grundsätzliche. Der Staat bleibt aber der Kernbegriff für politische Orientierung; mit ihm lassen sich die Ideale und Normen des Zusammenlebens in einem Gemeinwesen exemplifizieren. Als formbares politisches Instrument ebenso wie als kollektive Repräsentation bietet er sowohl Gestaltungsraum für politisches und soziales Handeln als auch eine Projektionsfläche für eine gesellschaftliche Organisationsform. Die Zivilgesellschaft kann deshalb kaum als eine Überwindung, sondern nur als notwendige Ergänzung des Staates gedacht werden – und im Diskurs über Zivilgesellschaft und Staat sind es auch die Intellektuellen, die inhaltlichen Forderungen, moralischen, kulturellen und politischen Standpunkten in der Öffentlichkeit eine Stimme geben. Wie in einer demokratischen Öffentlichkeit Argumente entwickelt, Positionen besetzt und Überzeugungsarbeit geleistet werden und welche Wandlungen der öffentliche Diskurs durchläuft, ist nicht

nur von historischem Interesse. Wenn wir auf die Phase der Bonner Republik blicken, lässt sich erkennen, auf welche Weise intellektuelle Kämpfe ganz wesentlich zur geistigen Identitätsbildung beigetragen haben. Es entfaltete sich ein breites und kontroverses Spektrum an Meinungen, dass im Streit um den Staat erst nach und nach eine Basis gemeinsamer Werte entstehen ließ. Es sei dahingestellt, inwiefern man dies als tatsächliche Erfolgsgeschichte wertet. Unbestritten ist allerdings, dass die Selbstakzeptanz des liberalen demokratischen Staates mit der Zeit grundsätzliche Alternativen oder gar eine »andere Republik« ausschloss, Extrempositionen marginalisierte und dass sich – auch unter Intellektuellen – ein breiterer Konsens bildete, der wenigstens vorübergehend zu einer Entdramatisierung politischer Auseinandersetzungen beigetragen hat.

Der Rückblick auf die Debatten der Bundesrepublik zeigt, wie sehr sich das Verhältnis von Staat und Gesellschaft gewandelt hat. Die Auffassung, dass durch Demokratisierung, Emanzipation, ja durch Vergesellschaftung der Staat obsolet werde, hat sich nicht bestätigt. Das Bestreben innerhalb weiter Kreise der Neuen Linken, einen vermeintlich fatalen Antagonismus von Staat und Gesellschaft aufzuheben – ob revolutionär oder im Sinne von Marcuses »großer Verweigerung« – hat sich als Schimäre erwiesen. Mit dem Staat und seinen Institutionen lassen sich eben doch ganz andere Eigenschaften verbinden als Repression und systemische Sachzwanglogik. Allerdings wurde die Einsicht, dass Institutionen Freiheitsräume sichern helfen, dass deren Zuschnitt zivilgesellschaftliche Kräfte befördern bzw. eine durchaus positive identifikatorische und kulturelle Prägekraft des Staates bewirken kann, in der Fixierung auf eine antiinstitutionelle Utopie der Herrschaftsfreiheit zeitweise in den Hintergrund gedrängt. In der theoretischen wie auch in der öffentlichen Wahrnehmung des Staates scheint diese Schiefelage mittlerweile behoben. Trotzdem – und dies lehrt die Vergegenwärtigung vergangener Debatten – bleibt es schwierig genug, die Transformation des Staates zu beschreiben und das stetig neu auszutarierende Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft zu bestimmen. Die Öffentlichkeit – auch als Aktionsfeld von Intellektuellen – bleibt der Ort der Selbstverständigung nicht nur darüber, welche Aufgaben der Staat zu erfüllen hat, sondern auch, ob

er in seinen sich wandelnden Funktionen weiterhin von einem gesellschaftlichen Konsens getragen wird und wie er das Gemeinwohl zu repräsentieren in der Lage ist.

Der vorliegende Band ist aus einer Tagung entstanden, die vom 11. bis 13. Oktober 2007 an der Humboldt-Universität in Berlin stattgefunden hat. Für die außergewöhnlich lebendigen und anregenden Diskussionen ebenso wie für die unkomplizierte kollegiale Zusammenarbeit haben wir nicht nur den beitragenden Referenten zu danken, sondern auch den übrigen engagierten Teilnehmern, namentlich Clemens Albrecht, Manfred Görtemaker, Constantin Goschler, Gabriele Metzler, Herfried Münkler und Paul Nolte. Der Fritz Thyssen Stiftung danken wir für die großzügige finanzielle Unterstützung dieser Konferenz. Saskia Kühn leistete wichtige organisatorische Hilfe. Ein abschließender Dank geht an Martin Rethmeier und Daniel Sander für die zuverlässige verlegerische Betreuung.

Berlin, im Juni 2008

Dominik Geppert und Jens Hacke

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu v.a. Clemens Albrecht u.a., *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule*, Frankfurt/M. 1999; Jens Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberal-konservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006.
- 2 Siehe etwa Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.
- 3 Einen ersten Überblick bieten Jan-Werner Müller (Hg.), *German Ideologies since 1945. Studies in the Political Thought and Culture of the Bonn Republic*, New York 2003; Eberhard Rathgeb, *Die engagierte Nation. Deutsche Debatten 1945–2005*, München 2005.
- 4 Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1946, S. 235 ff.
- 5 Rainer M. Lepsius, *Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen* (1964), in: ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S. 270–285; Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 308–324.
- 6 Wolf Lepenies, *Kultur und Politik. Deutsche Geschichten*, München 2006.

- 7 Vgl. Michael Walzer, *Kritik und Gemeinsinn. Drei Wege der Gesellschaftskritik*, Frankfurt/M. 1993.
- 8 Monika Boll, *Nachtprogramm. Intellektuelle Gründungsdebatten in der frühen Bundesrepublik*, Münster 2004; Birgit Pape, *Intellektuelle in der Bundesrepublik 1945–1967*, in: Jutta Schlich (Hg.), *Intellektuelle im 20. Jahrhundert (Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, 11. Sonderheft)*, Tübingen 2000, S. 295–324.
- 9 Vgl. Gangolf Hübinger/Thomas Hertfelder (Hg.), *Kritik und Mandat. Intellektuelle in der deutschen Politik*, Stuttgart 2000.
- 10 Siehe etwa Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen?*; Axel Schildt u. a. (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Ulrich Herbert/Lutz Raphael (Hg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002; Matthias Frese u. a. (Hg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003.
- 11 Anselm Doering-Manteuffel, *Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 55 (2007), S. 559–581.
- 12 Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, München 2006.
- 13 Edgar Wolfrum, *Die geglättete Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006.
- 14 Hans-Peter Schwarz, *Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problemskizze zur Geschichte der Bundesrepublik*, in: Hermann Rudolph (Hg.), *Den Staat denken. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten*, Berlin 1990, S. 151–174, hier S. 160.
- 15 Zum Forschungsparadigma der »Liberalisierung« vgl. Ulrich Herbert, *Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*, in: ders./Lutz Raphael (Hg.), *Wandlungsprozesse*, S. 7–49.
- 16 Vgl. etwa Axel Schildt, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1999; Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, 2 Bde., München 2000.
- 17 Philipp Gassert, *Die Bundesrepublik, Europa und der Westen*, in: Jörg Baberowski u. a. (Hg.), *Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte*, Stuttgart 2001, S. 67–89.
- 18 Wirsching, *Abschied*, S. 701.
- 19 Klaus Naumann, *Die Historisierung der Bonner Republik. Zeitgeschichtsschreibung in zeitdiagnostischer Absicht*, in: *Mittelweg* 36 (2000), S. 53–66.
- 20 Thomas Mergel, *Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 574–606, hier S. 600.
- 21 Eckart Conze, *Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 53 (2005), S. 357–380.

- 22 Andreas Rödder, Das »Modell Deutschland« zwischen Erfolgsgeschichte und Verfallsdiagnose. in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 (2006), S. 345–361, hier S. 356; vgl. auch ders./Wolfgang Elz (Hg.), Alte Werte – neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels, Göttingen 2008.
- 23 Vgl. Berthold Vogel, Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft, Hamburg 2007.

Hans Jörg Hennecke

Streiten für diesen Staat

Wilhelm Röpke und die Bundesrepublik

Unter den Intellektuellen, die sich zwischen 1960 und 1980 in ihrem öffentlichen Wirken mit dem Staatsverständnis der alten Bundesrepublik auseinandergesetzt haben, verdient der Ökonom Wilhelm Röpke (1899–1966) aus einer Reihe von Gründen Beachtung. In ihm begegnen wir dem Repräsentanten einer Generation, die den Ersten Weltkrieg als Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts empfand. Das letzte Kriegsjahr in unmittelbarer Nähe Ernst Jüngers erlebend, sah Röpke mit dem Jahr 1914 eine Welt in Trümmern gehen, mit der er nicht nur die wehmütige Erinnerung an Jugendjahre in einer dörflichen, noch vormodernen Lebenswelt verband, sondern auch das Wissen um eine weltwirtschaftliche Integration, die mit dem Jahr 1914 durch Protektionismus, Autarkiedenken und planwirtschaftliche Vorstellungen zurückgedrängt wurde.¹ In die Bundesrepublik brachte Röpke zudem prägende Erfahrungen der Zwischenkriegszeit ein. Er war an der Seite seiner Studienfreunde Ernst Lemmer und Gustav Heinemann nicht nur von Beginn an ein leidenschaftlicher Verteidiger der Weimarer Republik, sondern nach einer kurzen sozialistischen Frühphase auch ein engagierter Fürsprecher einer freihändlerischen Wirtschafts- und Sozialordnung.² Die Jahre nach 1929 deutete der Ökonom als Krise der moralischen Grundlagen, auf denen die wirtschaftliche Ordnung beruhte. Das brachte ihn zum einen dazu, ab 1931 Vorschläge für eine aktive Konjunkturpolitik zu unterbreiten, die jenseits der ökonomischen Rationalität auch die politischen und massenpsychologischen Dimensionen der Weltkrise in den Blick nahmen. Zum anderen trat er mit offenem Visier antikapitalistischen Haltungen von links und von rechts entgegen.³ Vor der Reichstagswahl 1930 warnte der Marburger Ordinarius in einem Flugblatt eindringlich vor der Wahl der NSDAP und brachte nach der so genannten Machtergreifung den

Bekennern auf, in zwei öffentlichen Reden den Nationalsozialismus als Rückfall in die Barbarei zu brandmarken, weshalb er – als einer von wenigen nichtjüdischen Professoren – ins Exil zunächst nach Istanbul, ab 1937 nach Genf gezwungen wurde.⁴

Diese biographischen Vorprägungen machen Röpke zu einer reizvollen Figur einer Intellektuellengeschichte der Bundesrepublik, als deren geistigen Gründungsvater man ihn mit einigem Recht sehen kann. Denn aufbauend auf seiner Kriegstrilogie der Jahre 1941 bis 1945, die eine kulturphilosophische Deutung der Gesellschaftskrise des Abendlandes und ein Gegenprogramm zu der totalitär-kollektivistischen Herausforderung bot, legte Röpke im Juni 1945 mit *Die deutsche Frage* ein Werk vor, das aus der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik nicht wegzudenken ist.⁵ Mochten die historischen Deutungen, die er zur Erklärung des Aufstiegs des Nationalsozialismus anführte, im Einzelnen auch strittig sein, entwickelte er doch einen Lösungsvorschlag für Deutschlands Zukunft, der kurz vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz die Leitideen der späteren Staatsgründung vorwegnahm. Röpke forderte erstens, den politischen Wiederaufbau Deutschlands strikt dezentral über eine starke kommunale Selbstverwaltung und mit weitgehender Autonomie von Einzelstaaten vorzunehmen. Er machte zweitens deutlich, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau nur durch eine Ordnungsentscheidung zugunsten der Marktwirtschaft erfolgen könne. Drittens sah er voraus, dass der Wiederaufbau Deutschlands nur in enger Anlehnung an den Westen gelingen könne und dass mit der Sowjetunion eine Verständigung darüber nicht zu erwarten sei. Deshalb plädierte Röpke für die Integration eines deutschen Bundesstaates in die westliche Welt – auch um den Preis, dass man sich zunächst darauf konzentrieren müsse, die Freiheit eines westdeutschen Bundes zu sichern, und dass eine deutsche Einheit in Freiheit erst möglich sei, wenn der kommunistische Machtanspruch in Europa erloschen sei.

»Sinistrismo« oder »Gaullismus«?: die Bundesrepublik im Richtungsentscheid

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre begann sich Röpkes Rolle in der Bundesrepublik zu wandeln. Bis dahin hatte er in offensiver Weise die Leitentscheidungen der Bundesrepublik begründet und durchzusetzen geholfen. Das bezog sich nicht nur auf die Soziale Marktwirtschaft, sondern auch auf die militärische und moralische Integration des Westens: Von Genf aus wirkte Röpke als Intellektueller von europäischem Format, der neben dem spanischen Diplomaten Salvador de Madariaga und dem französischen Soziologen Raymond Aron wohl am nachdrücklichsten für eine Selbstbesinnung des Westens warb und in Verbindung mit einer realistischen Einschätzung der kommunistischen Bedrohung Begründungen für die militärische Integration und das antitotalitäre Selbstverständnis der westlichen Welt lieferte.⁶

Röpke sah die Bundesrepublik in einer Vorbildfunktion, da sie zum einen das militärische Gegengewicht zum Ostblock in Europa entscheidend stärkte und zum anderen mit ihrer ordnungspolitischen Ausrichtung eine Alternative zu zahlreichen planwirtschaftlichen Experimente lieferte, wie sie in Großbritannien, Frankreich und bei der europäischen Integration erprobt wurden. Es widersprach allerdings seinem ungeduldigen und kämpferischen Naturell, mit diesem Erfolg jemals zufrieden zu sein. Stattdessen war er stets besorgt, die politische Stabilisierung und der ökonomische Wohlstand könnten nicht dauerhaft gesichert sein. Er wandte sich gegen eine Überdehnung der Marktwirtschaft in dem Sinne, dass er eine bloß materialistische Fixierung auf Konsum und Wohlstand als unzulänglich und gefährlich kritisierte und den Kapitalismus als zwar notwendige, aber eben nicht hinreichende Bedingung für eine glückliche, menschenwürdige Gesellschaft beschrieb. Außerdem trieb ihn die Sorge um, dass sich die verhängnisvolle Appeasement-Politik der 1930er Jahre gegenüber dem Kommunismus als noch viel gefährlicherem Totalitarismus wiederholen könnte.⁷ All dies wurde ablesbar in dem 1958 erschienenen Buch *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, das mit seinem bezeichnenden Titel die Spätphase seines Denkens und seines öffentlichen Wirkens in der Bundesrepublik ein-

läutete und Röpkes Philosophie des »Dezentrismus« zusammenfasste.⁸

Den Übergang in die Fünfte Republik in Frankreich, wo sich General de Gaulle mit Jacques Rueff auf einen Freund Röpkes als wirtschaftspolitischen Berater stützte, und das Godesberger Programm von 1959, mit dem die deutschen Sozialdemokraten vom Marxismus abrückten, wertete Röpke noch als Bestätigung seines Engagements. Trotzdem geriet er zunehmend in eine defensive Haltung hinein. Der neue Zeitgeist, den er als Selbstgefährdung des Westens interpretierte und in deren Sog er auch die Bundesrepublik geraten sah, hatte einen strahlenden Repräsentanten: den im November 1960 gewählten US-Präsidenten John F. Kennedy, für den Röpke nichts als Verachtung aufbrachte. In außenpolitischer Hinsicht belegte aus seiner Sicht die Berlin-Krise eine unerträgliche Nachgiebigkeit gegenüber dem Kommunismus. Den Kennedy-Übersetzer Karl Mönch ließ er im Oktober 1961 wissen: »Ich charakterisiere die Politik Washingtons jetzt so: sie könnte kaum anders sein, wenn sie darauf ausginge, die Welt kommunistisch zu machen, bevor es ruchbar wird.«⁹ In Kennedys wirtschaftspolitischem Programm des »New Frontier« und in den Arbeiten von dessen Beratern Walt Rostow oder John Kenneth Galbraith sah er alle Untugenden und Gefahren der westlichen Welt vereint: unausgeglichene Zahlungsbilanz, horrendes Haushaltsdefizite, Gewerkschaftsfreundlichkeit, Inflation, Fiskalsozialismus. Zu den ideologischen Merkmalen der Kennedy-Administration zählte er Utopismus, neojakobinischen Missionsdrang, Germanophobie, Progressismus und das Vorherrschen eines sozialistischen Intellektuellentypus.¹⁰

Ein zweiter Dominostein nach der Wahl Kennedys kippte aus Röpkes Sicht Anfang 1962 mit Italien, wo die Christdemokraten ihre Regierungsmacht durch eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten sicherten und dieses Vorgehen als »Apertura a sinistra« deklarierten. Darin sah er ein Fanal der Zeit, wie er seinem Vertrauensmann bei den italienischen Liberalen im März 1962 mitteilte: »Die größte Gefahr des »sinistrismo« liegt heute darin, dass er mit dem Kommunismus innerlich auf das engste verwandt ist, so wie umgekehrt der Kommunismus nicht verstanden werden kann, wenn wir in ihm nicht eine radikale Form solcher Be-

wegungen wie des Jakobinismus erkennen, die zugleich die Ahnen des modernen ›Sinistrismo‹ sind. Diese innere Affinität mit dem Kommunismus lähmt alle Progressiven und Radikalen in der Abwehr des Kommunismus.«¹¹ Den »Sinistrismo« sah Röpke bis zuletzt auf dem Vormarsch: über Kennedys Nachfolger Johnson hatte er keine auch nur um einen Deut bessere Meinung, die Kandidatur des von ihm mit einigen Sympathien bedachten Goldwaters 1964 scheiterte kläglich. Zugleich kam in Großbritannien eine Labour-Regierung ans Ruder, deren Wirtschafts- und Finanzpolitik Röpke nach wenigen Monaten – als Warnung für die deutsche Öffentlichkeit – Anfang 1965 ein verheerendes Zwischenzeugnis ausstellte.¹²

Die Wahrnehmung des »Sinistrismo« als einer Haltung, die die moralischen Fundamente der westlichen Welt unterspülte und die Abwehrbereitschaft gegenüber einem unverändert expansionswilligen und machtbewussten Kommunismus schwächte, prägte Röpkes Blick auf die Bundesrepublik. Vordergründig stieß ihn die Kennedy-Begeisterung ab, wie sie in dessen Deutschland-Besuch vom Sommer 1963 kulminierte. Röpke dachte unter diesem Eindruck mehr denn je europäisch und hielt nichts von einer atlantischen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik, wie sie die Minister Schröder und Erhard präferierten. Standfestigkeit gegenüber dem Kommunismus erwartete Röpke allein von Adenauer und de Gaulle. Im französischen Staatspräsidenten sah er eine verlässliche Gegenfigur zu Kennedy und Johnson. Es spricht zudem einiges dafür, dass Röpke – ähnlich wie der späte Adenauer – die Fähigkeit und Bereitschaft des gaullistischen Frankreichs überschätzte, als Führungsmacht die militärische Sicherheit Westeuropa gegenüber dem Kommunismus zu gewährleisten. Dass Röpke mit seiner Bewunderung für de Gaulle in einem handfesten Dilemma steckte, wurde vor allem in der Europapolitik deutlich. Röpke war sich im Klaren, dass deren dirigistische Tendenzen, die er leidenschaftlich kritisierte, wesentlich auf die von der französischen Verwaltungspraxis geprägte Idee der »Planification« zurückgingen.¹³

Aufschlussreich für Röpkes Selbstverständnis ist der Briefwechsel, der sich wegen der Veto-Krise zwischen ihm und Erhard ergab. Der Minister zielte wohl ins Schwarze, als er Röpkes Zustimmung zu de Gaulle dahingehend auslegte, »daß Sie jedem

Beifall zu zollen bereit sind, der gewollt oder ungewollt, mittelbar oder unmittelbar diese von Ihnen stets kritisierte Integrationsform zerschlägt oder ad absurdum führt. [...] Von Ihrer Grundhaltung ausgehend, kann ich Ihre Reaktion wohl verstehen, aber Sie werden es mir nicht verübeln, wenn ich sie aus politischer Sicht für unrealistisch halte.«¹⁴ Röpkes Antwort an Erhard offenbarte die Verzweiflung, mit der er von seinem Genfer Hochsitz das Treiben seiner politischen Freunde in Bonn verfolgte: »Warum sucht ihr meinen Rat nicht in Fragen, in denen ich wirklich unterrichtet zu sein glaube und Informationen zu haben scheine, die ihr in Deutschland nicht besitzt? Ich leide hier in Genf oft Qualen, wenn ich so viele in Deutschland in etwas verstrickt sehe, was ich nur als Verirrung bezeichnen kann [...]. Ich bin ja darüber so erschrocken, dass man sich in Deutschland so gar keine Mühe gibt, de Gaulle zu verstehen, sondern nur über ihn schimpft, während er in meinen Augen Lob und Segen verdient.«¹⁵

Auch als de Gaulle im Herbst 1965 mit der »Politik des leeren Stuhls« eine erneute Krise der europäischen Integrationspolitik heraufbeschwor, fand er in Röpke einen leidenschaftlichen Unterstützer. Röpke hoffte, dass durch die französische Haltung die Augen auf die »wirkliche Krise des kleineuropäischen Wirtschaftsblocks« gerichtet würden und dass die ordnungspolitische Fehlkonstruktion der EWG im Sinn einer großen Freihandelszone korrigiert würde. Röpke hielt die supranationalen Bestrebungen der EWG für verfehlt und stellte der Vision eines europäischen »Großvaterlandes« oder eines europäischen »Großpatriotismus« die auch von de Gaulle ausgesprochene Vorstellung eines Europas der Vaterländer gegenüber.¹⁶ In verblüffender Analogie zu Adenauer warb Röpke bis in seine letzten Lebenstage um Verständnis für de Gaulle und warnte noch im Januar 1966 in einem seiner letzten Artikel davor, dass der in der Bundesrepublik verbreitete Antigaulismus in einen »Antigallismus« umzuschlagen drohe.¹⁷